

Interpellation Nr. 16 (März 2012)

12.5062.01

zur diskutierten Senkung der Zollfreigrenze - passt das zum weltoffenen Basel?

Als Grenzkanton ist unser Kanton auf offene Grenzen angewiesen. Der Pharma-, aber auch der Wissensstandort Basel könnte ohne internationale Arbeitskräfte nicht funktionieren. Im Legislaturplan des Regierungsrates sind deshalb zwei von vier Ziele, den Austausch über die Kantonsgrenze hinweg zu fördern. So wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Identität der Region Basel gefestigt.

Wegen dem anhaltend starken Wechselkurs leiden jedoch einige Sektoren an diesen offenen Grenzen. Bereits während des Nationalratswahlkampfes riefen einige Parlamentarier nach protektionistischen Massnahmen. Gemäss einem Bericht des Tagesanzeigers (Onlineausgabe) vom 25. Februar 2012 will nun aber ausgerechnet der freisinnige FDP-Nationalrat Peter Malama in der Frühlingsession mittels Vorstoss die Zollfreigrenze von gegenwärtig CHF 300 auf CHF 100 senken.

Die Zollbehörden befürchten zu Recht einen höheren Kontrollaufwand. Viel schlimmer ist jedoch nach Meinung des Interpellanten das schädliche Signal, das die Schweiz damit ihren Nachbarländern aussendet. Daran kann unser Grenzkanton kein Interesse haben.

Vor diesem Hintergrund stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass Basel-Stadt von möglichst offenen Grenzen profitiert?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Interpellanten, dass verschärfte protektionistische Massnahmen den nachbarschaftlichen Beziehungen abträglich sind?
3. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Interpellanten, dass eine Senkung der Zollfreigrenze die strukturellen Probleme gewisser Branchen nicht nachhaltig lösen wird?
4. Anerkennt der Regierungsrat, dass Haushalte mit bescheidenem Einkommen auf das Einkaufen "ennet der Grenze" angewiesen sind und eine entsprechende Senkung der Zollfreigrenze kontraproduktiv wäre?
5. Der Regierungsrat steht in regelmässigem Kontakt zu unseren nationalen Parlamentariern. Wird der Regierungsrat das Gespräch mit Peter Malama in dieser Angelegenheit suchen?

Emmanuel Ullmann